

Fatih und die drohende Islamisierung Europas



In Deutschland und Europa gibt es mehr und mehr „Fatih“-Moscheen. In etwa fünfzig deutschen Städten und Orten haben Muslime ihre Moscheen nach Fatih – übersetzt „der Eroberer“ – benannt. Den Beinamen Fatih trug Sultan Mehmet II., der Eroberer des christlichen Konstantinopel. Als die osmanischen Truppen die Stadt 1453 einnahmen, ermordeten sie nicht nur mehrere zehntausend Bewohner, sondern funktionierten die alte Kirche Hagia Sophia in eine Moschee um. Ihr wurden Minarette aufgepfropft. Und heute benennen die einwandernden Muslime ihre mit türkischem und arabischem Geld finanzierten und von staatlich-türkischen Imamen bepredigten Moscheen nach dem historischen, blutigen Eroberer – eine vertrauensbildende Maßnahme und Zeugnis der voranschreitenden Integration?

Man stelle sich das einmal umgekehrt vor: „Gelänge es tatsächlich einmal, dort in den islamischen Ländern eine neue Kirche zu errichten, und gäbe man ihr den Namen Eroberer-Kirche, oder würde man dort gar in Erinnerung an Gottfried von Bouillon eine Herzog-Gottfried-IV-Kirche errichten eingedenk der Kreuzzüge und seiner ersten Eroberung Jerusalems im Jahre 1099, es gäbe dort einen Riesenskandal, und jeder Christ in islamischen Ländern müsste ob solcher Kühnheit vor Angst erstarren“, schreibt die Marburger Islamwissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann in ihrem Buch „Muslime in Deutschland“. Man mache sich nichts vor: All diese wie Pilze

aus dem Boden schießenden Moscheen und die Minarette verdeutlichen muslimische Machtansprüche. Hier wird der Islam eines Tages herrschen, wie der Koran bestimmt – und wie es die demographischen Trends möglich machen.

Während hierzulande die Politiker der etablierten Parteien von SPD, Grünen und FDP bis zur CDU sich und uns mit der Parole „Islam heißt Frieden“ einlullen lassen wollen, regt sich in einigen europäischen Nachbarstaaten endlich Widerstand gegen den Vormarsch des Islams. In Italien hat jüngst die regierende Lega Nord einen Gesetzentwurf vorgelegt, dass vor jedem Bauentscheid für eine neue Moschee das Volk gefragt werden müsse. Moscheen sollten nicht in provozierender Nähe christlicher Kirchen errichtet werden. Der Ruf des Muezzins dürfe nicht mit dem Megaphon oder Verstärkern vom Minarett-Turm über die italienischen Ortschaften erschallen. Die Forderungen der Lega sind populär und haben eine lebhaftige Diskussion ausgelöst.

In der Schweiz hat vor kurzem ein der Schweizer Volkspartei (SVP), der stimmenstärksten Kraft des Landes, nahestehendes Komitee eine Volksbefragung, um ein gesetzliches Verbot von Minarett-Bauten zu erreichen. Die notwendigen hunderttausend Unterschriften für die Volksinitiative hat das Komitee bereits gesammelt (auf deutsche Zahlenverhältnisse hochgerechnet wären dies mehr als eine Million Unterschriften). Gegen die populäre Anti-Minarett-Initiative haben sich sogleich alle Parteien außer der SVP ausgesprochen. Das linke und linksliberale Lager sowie die mittigen Christdemokraten fürchten, dass die Beziehungen zu den islamischen Ländern sich verschlechtern könnten.

Es ist stets das gleiche: Muslime dürfen provozieren, wüten und toben, sie dürfen Todesdrohungen ausstoßen (man denke an die Demonstration vor dem Londoner Parlament, als ein muslimischer Mob „Europe is a Cancer, Islam ist the Answer“ oder „Europe – be prepared for he real holocaust“ skandierte und die britischen Bobbies betreten zur Seite schauten und die

„Meinungsäußerungen“ nicht untersagten), der Westen wird sich an die Brust schlagen und sich für das von den Zuwanderern erlittene Unrecht der Diskriminierung etc. entschuldigen. Natürlich legen die radikalen Muslime das als Schwäche aus und treiben die schleichende Eroberung Europas weiter voran.

Am 20. September werden in Köln verschiedene Gruppen, angeführt von der rechtsgerichteten Bürgerbewegung „Pro Köln“, einen „Anti-Islamisierungs-Kongress“ abhalten, zu dem prominente Vertreter verschiedener europäischer Rechtsparteien, auch von der Lega Nord, angekündigt sind. Anschläge auf ihr Büro und Prügelattacken gegen ihre Ratsmitglieder haben „Pro Köln“ bislang nicht einschüchtern können. Es werden rund tausend Teilnehmer zu dem Kongress erwartet, aber bis zu vierzigtausend Gegendemonstranten will ein Bündnis von der Linkspartei bis zur CDU auf die Straße bringen. Der Kölner Polizeipräsident hätte die „Pro Köln“-Veranstaltung gerne verboten, doch ist er damit gescheitert.

Bis nach Malaysia und Iran ist die Kunde von dem Kongress bereits gedrungen. Das Teheraner Außenministerium hat bei der französischen EU-Ratspräsidentschaft interveniert und gefordert, die EU möge den Kongress verhindern, da er „Islam-Feindschaft“ fördere. Bislang sind die Eurokraten den Mullahs noch nicht gefolgt – sie haben das unglaubliche Ansinnen eines Staates, in dem Schwule erhängt und Frauen gesteinigt werden, aber auch nicht mit deutlichen Worten zurückgewiesen. Wird die Islamisierung durch ferngesteuerte Moscheen fortschreiten? Vielleicht geht von dem Kongress und anderen Initiativen der Schwung für eine breite Bewegung in Deutschland und Europa aus, um die Islamisierung einzudämmen.

(Der Beitrag von Claudia Hansen erscheint in der neuen Ausgabe der Zeitschrift Gegengift)